

Der sozialdemokratische Kämpfer



ORGAN DES BUNDES SOZIALDEMOKRATISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS

Nummer 11/12 - 1993

15 Schilling

Sein und Bewußtsein

Die Sozialdemokratie hat über ein neues Parteiprogramm nachdenken lassen. Den Parteimitgliedern liegen als Ergebnis 34 Thesen vor, die als Denkanstoß für eine Programmdiskussion gedacht sind, die möglichst viele Genossen erfassen müßte. Viele werden freilich nach der Sinnhaftigkeit eines neuen Parteiprogrammtextes fragen, weil ihnen der Grundsatzteil des Parteiprogramms von 1978 durchaus aktuell scheint. Es stellt sich also die Frage, ob es eines neuen Programms bedarf, um die anstehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme zu lösen, oder ob es nicht genügte, auf der Basis der im Programm von 1978 formulierten Grundwerte ein Aktionsprogramm auszuarbeiten.

In den 34 Thesen werden zwar sozialdemokratische Grundwerte formuliert, jedoch wird eine klare Darstellung der grundsätzlichen Position der Sozialdemokratie unterlassen. Der Begriff des demokratischen Sozialismus scheint überhaupt nicht auf. Dafür geistern liberal marktwirtschaftliche und gesellschaftspolitische Gedanken durch den Text. Es scheint also nützlich, die Präambel des Parteiprogramms von 1978 in Erinnerung zu rufen, das ja keineswegs vom Linksradikalismus geprägt war, sondern vielmehr den Geist der Ära Kreisky ausdrückt:

„Die Sozialdemokraten wollen eine Gesellschaftsordnung, also eine Ordnung der Lebensverhältnisse und der Beziehungen der Menschen zueinander, deren Ziel die freie Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit in der Gemeinschaft ist. Sie wollen die Klassen beseitigen und den Ertrag der gesellschaftlichen Arbeit gerecht verteilen.“ Im Originaltext ist statt „Sozialdemokraten“ noch „Sozialisten“ zu lesen, die politische Zielsetzung besteht jedoch auch für die Sozialdemokraten, heute wie ehedem.

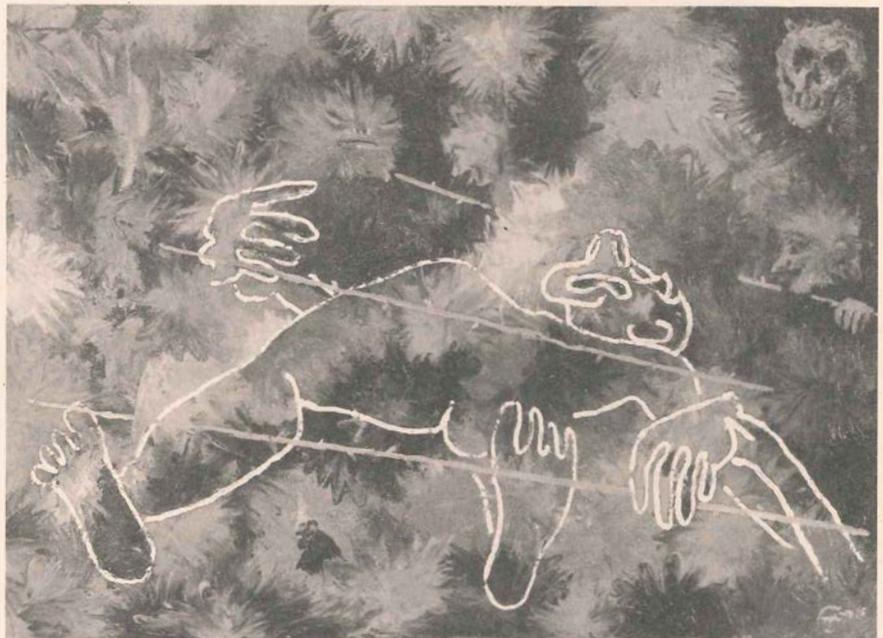
In den „Thesen“ ist von Zielsetzung nicht die Spur. Man huldigt darin dem Gedanken Eduard Bernsteins, daß das Ziel nichts, der Weg jedoch alles sei. Wohin solche ziellose Politrouden geführt haben, sollte aus der Geschichte der Arbeiterbewegung hinlänglich bekannt sein. In der Programmdiskussion müßte daher unbedingt vom Grundsatzteil des 78er-Programms ausgegangen werden, dessen Substanz erhalten bleiben muß. Modische Feminismen und Grün-Arabesken hätten zurückzustehen

hinter so lapidaren Grundsätzen, wie: „Die Sozialdemokraten kämpfen für die Freiheit und Würde des Menschen, für die volle Gleichberechtigung und für die soziale Gerechtigkeit innerhalb der Gesellschaft.“ Privatwirtschaftliche und staatskapitalistische Macht werden gleicherweise abgelehnt. An die Stelle

selbstsüchtiger kapitalistischer Profitwirtschaft habe wirtschaftliche Tätigkeit zu treten, die sich als bewußter Dienst an der Gemeinschaft versteht. (Das modische Geschwätz von der Bedeutung der „Leistung“ kann vor solchem Hintergrund durchaus unterbleiben, vonnöten wäre eher die ausdrückliche Ächtung jeglicher Korruption.)

Der zweite Abschnitt des 78er-Programms, „Die Welt, die wir (ver)ändern wollen“, bedürfte lediglich der sprachlichen Korrektur im Titel. Inhaltlich ist er von beklemmender Aktualität: „... in den siebziger Jahren sind die modernen Industriestaaten weltweit von Krisen erfaßt worden: Zur Wirtschaftskrise, die Millionen arbeitslos gemacht hat, kommen die Krisen der Umwelt sowie der Energie- und Rohstoffversorgung. Die Krisenanfälligkeit wird durch die Zerrüttung des internationalen Währungssystems und durch die Politik der internationalen Konzerne verschärft.“ (Fortsetzung auf Seite 5)

Visionen aus dem Inferno



Im Wiener Künstlerhaus war im November 1993 eine Ausstellung mit Gemälden und Zeichnungen des Preßburger Künstlers Adolf Frankl (1903-1983) zu sehen, die vom Erleben des Naziinfernos in den Konzentrationslagern geprägt sind. Unser Bild: „Im Stacheldraht“ (um 1951).



„Warteraum zum Tod“: Theresienstadt

Der Film kann am Anfang mißverstanden werden: Man sieht farbige Kinderzeichnungen, und die einzelnen gezeichneten Figuren beginnen sich zu bewegen. Erst später, wenn Fotos von Kindern eingeblendet werden, versteht man. Es sind Zeichnungen von Theresienstädter Kindern, die zur Grundlage dieses Filmes über das Ghetto und Konzentrationslager Theresienstadt gemacht wurden. Der Film wird in der ehemaligen Theresienstädter Schule gezeigt. In diesem Haus wurde 1991 das Ghetto-Museum eingerichtet, und wenn man den Kinosaal verläßt und sich in den ersten Stock des Gebäudes begibt, sieht man in den Ausstellungsräumen die Originale dieser Zeichnungen. Die Schöpfer dieser Zeichnungen gehörten zu den Opfern von Theresienstadt.

Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus führte vom 5. bis 7. November 1993 eine Gedenkfahrt nach Theresienstadt und Brünn mit Nächtigungen in Prag durch. Als die Teilnehmer an dem großen Friedhof vor den Mauern der „kleinen Festung“ in der Stadt an der Eger ankamen, begann es zu regnen. Vor dem Gedenkstein für die Opfer der Nazi-barbarei wurde ein Kranz des Bundes



niedergelegt, Genosse **Hugo Pepper** hielt eine kurze Ansprache, und Genosse **Kurt Schmidt** trug einen literarischen Text vor. Nach einer Minute des stillen Gedenkens besichtigten die Teilnehmer, geführt von **Miroslav Karny** von der „Theresienstädter Initiative“ und selbst im November 1941 unter den ersten Häftlingen von Theresienstadt, die Gefängniszellen hinter dem Tor mit der zynischen Aufschrift „Arbeit macht frei“.

Von der Entstehung des Ghettos im November 1941 bis zum 20. April 1945 wurden ungefähr 140.000 Männer, Frauen und Kinder aus Böhmen und Mähren, Deutschland, Österreich, Holland, Dänemark, der Slowakei und Ungarn nach Theresienstadt deportiert. Theresienstadt war nicht nur ein Ort unendlicher Qualen, sondern auch ein „Warteraum zum Tod“, weil von hier Zehntausende Menschen in die Vernichtungslager im Osten, vor allem in die

Gaskammern in Auschwitz-Birkenau, weitertransportiert wurden. Von den 87.000 Gefangenen, die mit diesen Transporten wegfuhr, überlebten nicht ganz 4000 den Krieg.

Im Vorbeifahren sahen wir an einer Hausmauer auf dem Marktplatz von Theresienstadt auch die Gedenktafel für den ehemaligen Vorsitzenden der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakei, **Ludwig Czech** (1870–1945), der zwischen 1929 und 1938 Minister war und im Konzentrationslager Theresienstadt starb. Der

Vranitzky: Wachsam gegen Intoleranz

Anlässlich des Gedenkens an die November-Pogrome vor 55 Jahren erklärte Bundeskanzler Dr. Franz Vranitzky am 9. November 1993, daß es auch heute gelte, gegenüber Intoleranz und Haß wachsam zu sein. Die unfaßbaren Vorgänge in den Novembertagen des Jahres 1938 müßten eine stete Warnung bleiben, wozu Menschen unter bestimmten politischen und wirtschaftlichen Bedingungen fähig sind. Deshalb ist es um so wichtiger, für politisch stabile Verhältnisse zu sorgen, um ein solches Klima erst gar nicht entstehen zu lassen, sagte Vranitzky. Aber auch klare strafrecht-

Gedenkstein war erst im August 1993 vom SPÖ-Vorsitzenden, Bundeskanzler **Dr. Franz Vranitzky**, enthüllt worden.

In Brünn besuchte die Reisegruppe das zur Technischen Hochschule gehörende Kaunitz-Colleg, das zur Nazizeit eine Gestapoleitstelle beherbergte und in dessen Hof Hinrichtungen stattfanden. Hier ist heute eine Gedenkstätte eingerichtet, wo wir einen Kranz niederlegten und der hier ermordeten Opfer gedachten. Genosse **Leo Lesjak**, selbst hier eingesperrt, war zu dieser Gedenkumgebung nach Brünn gekommen und berichtete aus seinem eigenen Erleben. Es sei ihm eine Genugtuung zu sagen, was ihm seit langem am Herzen liege, sagte Genosse Lesjak: „Menschen, seid wachsam!“ Für die Brüner Sozialdemokraten sprach Genosse **Dr. František Vašek**.

liche Vorschriften sind notwendig, um neonazistische Umtriebe zu verhindern, sagte der Kanzler und erinnerte an die Novellierung des Verbotsgesetzes. „Wenn wir der Opfer der Novemberpogrome 1938 gedenken, so sollten wir auch an jene Österreicherinnen und Österreicher denken, die damals mit dem Leben davongekommen sind, vor der blinden Zerstörungswut fliehen mußten und heute noch im Ausland leben. Auch sie sollten vermittelt bekommen, daß das heutige Österreich ein anderes ist, ein Land, in dem sie jederzeit herzlich willkommen sind“, betonte Bundeskanzler Vranitzky.

Gedenken an das Novemberpogrom 1938

Zu einem Kampf gegen alle Formen des Radikalismus rief der Wiener SPÖ-Landtagsabgeordnete **Ernst Woller** anlässlich der Gedenkveranstaltung an das Novemberpogrom des Jahres 1938 in Wien auf. Die Gesellschaft dürfe nie müde werden, gegen Rechtsextremismus und Neofaschismus einzutreten, sagte Woller. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Freiheitskämpfer, **Hugo Pepper**, meinte, der Satz „Niemand vergesse“ habe immerwährende Gültigkeit. Das gerade deshalb, weil Österreich gerne seine eigene Geschichte vergesse.

Es sei vor allem der salonfähige Rechtsextremismus, den es zu bekämpfen gelte, sagte Woller. Die Ereignisse des Jahres 1938 sollten der heutigen Politik eine Lehre sein. Der Alltagsfaschismus, der sich in Judenzwängen sowie im sogenannten „gesunden Volksempfinden“ manifestiere, sei nicht tolerierbar. Es könne nicht zugelassen werden, daß heute wieder bestimmte Menschen zu Sündenböcken gemacht würden. Daher sei es notwendig, konsequent gegen jede Form des aufkeimenden Rassis-

mus und der Ausländerfeindlichkeit einzutreten. Woller verwies auf die Rolle Wiens als multikulturelle Stadt. Ausländische Mitbürger seien seit jeher eine Bereicherung für die Bundeshauptstadt gewesen. Es dürfe auch nicht übersehen werden, daß Wien einen gewissen Grad an Zuwanderung habe. Die Sozialdemokratie sei aufgerufen, die Ursachen, die zu Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus führen, zu bekämpfen. Es gelte daher, Arbeitsplätze zu sichern und soziale Sicherheit zu garantieren, sagte Woller abschließend (Pressedienst der SPÖ).





FPÖ unterwegs zum Rechtsextremismus

Neues „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ erschienen

Das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) hat mit dem „Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus“ (Deuticke Verlag, Wien 1993, 654 Seiten, 398 Schilling) ein unentbehrliches Nachschlagewerk für politisch Interessierte und alle jene, die in ihrem Bereich die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus führen, herausgegeben. Nach dem in insgesamt fünf Auflagen Ende der siebziger Jahre erschienenen Buch „Rechtsextremismus in Österreich“ liegt damit eine komplett neue Analyse und Darstellung des Rechtsextremismus vor. Neben umfassenden Informationen auf aktuellstem Stand enthält der Band auch praktische Hinweise für rechtliche Möglichkeiten gegen neonazistische Aktivitäten. Breiter Raum wird in dem Buch auch der FPÖ eingeräumt. Der „Kämpfer“ druckt im folgenden einen Auszug aus dem Beitrag von Brigitte Bailer und Wolfgang Neugebauer, „Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus“, ab, der auf die jüngste Entwicklung in der Haider-Partei eingeht (Hervorhebungen und Zwischentitel durch die Redaktion, Fußnoten wurden weggelassen).

Das Aufdecken der rechtsextremen Verbindungen des FPÖ-Chefideologen Andreas Mölzer Anfang 1992, vor allem dessen Verwendung des nazistischen Begriffs „Umvolkung“, führte im März 1992 zu einer Zuspitzung des innerparteilichen Konfliktes in der FPÖ. Der stellvertretende Parteiohmann und Wirtschaftssprecher Dkfm. Georg Mautner-Markhof, einer der bekanntesten Unternehmer Österreichs und Exponent des liberalen Flügels, kritisierte diese „deutschtümelnden Aussagen“ Mölzers, aber auch die Brutalität Haiders im Fall Candussi scharf und stellte den Parteivorsitzenden Jörg Haider mehr oder weniger vor die Wahl: Mölzer oder Mautner-Markhof. In dieser entscheidenden Situation entschied sich der Parteiführer für den Rechtsextremisten Mölzer und gegen den Liberalen Mautner-Markhof, der seine Funktionen und das Nationalratsmandat niederlegte und im Februar 1993 aus der FPÖ austrat. Haider räumte später ein, daß es ihm ein leichtes gewesen wäre, Mölzer fallenzulassen, aber, so Haider: „Ich will keinen Applaus von der falschen Seite.“

Im Zuge dieses Konfliktes desavouierten Getreue Haiders, zweifellos in seinem Auftrag, den Klubobmann Dr. Norbert Gugerbauer dermaßen, daß auch dieser zurücktrat und alle seine Parteifunktionen zurücklegte. Der von Haider in Kauf genommene oder herbeigeführte Abgang so wichtiger liberaler Exponenten machte deutlich, daß die liberale Strömung in der FPÖ für Haider keinen Stellenwert mehr hatte – eine Einschätzung, die später auch offen ausgesprochen wurde.

Abspaltung des „Liberalen Forums“

Diese Polarisierung machte die Stellung

der noch verbleibenden Liberalen in der FPÖ immer unhaltbarer. Insbesondere die Repräsentantin dieser Strömung, die Dritte Nationalratspräsidentin Dr. Heide Schmidt, wurde offenbar von Haider zum Abschuß freigegeben und durch ständige persönliche kleinere und größere Attacken von Haider-Gehilfen zermürbt. Eine im Oktober 1992 im Bundesparteivorstand versuchte Absetzung wegen ihrer Kritik am Volksbegehren scheiterte nur an der formalen Inkompetenz dieses Gremiums. Der frühere FPÖ-Spitzenpolitiker und Ex-Verteidigungsminister Dr. Helmut Krünes zeigte sich von dieser „Schmidt-Treibjagd“ in einem „Furche“-Interview „erschüttert“. Weitere gewichtige Faktoren, wie der Wechsel in der EG-Linie, das Anti-Ausländervolksbegehren und die damit verbundene Radikalisierung und Isolierung Haiders, führten schließlich Anfang Februar 1993 zur Abspaltung des Liberalen Forums von der FPÖ. Die FPÖ-Abgeordneten Dr. Heide Schmidt, Dr. Friedhelm Frischenschlager, Klara Motter, Hans-Helmut Moser und Thomas Barmüller bildeten auf Grund der Entscheidung von Nationalratspräsident Dr. Fischer einen Parlamentsklub und konstituierten sich – zusammen mit anderen nun oder schon früher aus der FPÖ ausgetretenen Liberalen, namentlich Dkfm. Georg Mautner-Markhof – als Partei, die auch um Aufnahme in die Liberale Internationale (LI) ersuchte. Ein weiterer gewichtiger FPÖ-Liberaler, der Nationalratsabgeordnete und Wirtschaftssprecher Helmut Peter, legte alle seine Funktionen zurück und vollzog nach einer Wartefrist im August 1993 seinen FPÖ-Austritt und Übertritt zum Liberalen Forum.

Mit der Gruppe Schmidt – Frischenschlager – Mautner-Markhof – Peter



Das Umschlagbild des „Handbuchs“: das Konterfei Jörg Haiders vor dem Hintergrund der Reichskriegsflagge mußte auf Grund einer von dem FPÖ-Obmann erwirkten einstweiligen Verfügung überklebt werden.

verließen die letzten Liberalen von Gewicht die FPÖ, die nun ausschließlich von Haider und seinen Gehilfen politisch dominiert und von Rechtsextremen um Andreas Mölzer ideologisch ausgerichtet wird. In dieses Bild paßt die von Kriemhild Trattng angekündigte, im August 1993 tatsächlich vollzogene Rückkehr in die FPÖ, der auch die „Aula“ „Symbolcharakter“ zubilligt. In bezug auf Schmidt und Trattng heißt es: „ein großer Gewinn und ein kleiner Verlust“. Um den offenbar als wichtig angesehenen Wiedereintritt Trattngs in die FPÖ zu erreichen, wurde sie von Haider und Mölzer als Vorsitzende einer „Werte-Kommission“ eingesetzt.

Die Reaktionen seitens der FPÖ-Politiker und -Medien auf die Parteispaltung bestätigen nur unsere politische Einschätzung der FPÖ als rechtsextrem orientierte, aggressiv auftretende, autoritär strukturierte Führerpartei. Von Haider abwärts bis zum letzten neonazistischen Leserbriefschreiber in den FPÖ-Organen ergoß sich über die Ausgetretenen eine Flut von Beschimpfungen, Verhöhnungen und Verdächtigungen – „Millio-“
(Fortsetzung auf Seite 4)



(Fortsetzung von Seite 3)

nen für den Wähler-Verrat“, „Verräter“, „Verrätertruppe“, „Renegaten“, „Judasleben“, „Gauernerpack“, „Diebsgesindel“, „Diebstahl“, „Schweineerei“, „politische Auslaufmodelle“, „fünfte Kolonne der Altparteien“, „Club der toten Politiker“ –, die schon aus Platzgründen hier nicht vollständig wiedergegeben werden können. Diese Stellungnahmen sind derartig haßerfüllt, daß sie bereits als verbale Vorstufe zur Gewaltausübung angesehen werden können. Der anonyme Schreiber, der jede Woche neonazistische und antisemitische Schmäh- und Drohbriefe an das DÖW schickt, lieferte bereits die ersten antisemitischen Karikaturen gegen das Liberale Forum. Der Obmann der rechtsextremen „Kameradschaft Prinz Eugen“ und Burger-Unterstützer von 1980, Hofrat Dr. Otto Ropkopf, der offenbar den Weg zur FPÖ gefunden hat, dankte Gott im FPÖ-Organ, „daß wir von so einer ‚liberalen‘ Gesellschaft endgültig befreit sind“.

Zu Recht hat Peter Michael Lingers diesbezüglich festgestellt, daß nicht die fünf „Liberalen“ ihre Grundsätze verraten haben, „sondern die FPÖ hat Grundsätze und Beschlüsse verraten, als sie begann, gegen Ausländer und EG zu agitieren“.

Haiders schwerster Rückschlag

Die Rechtsentwicklung der FPÖ unter Haider blieb nicht ohne Folgen für das Verhältnis der FPÖ zu den Großparteien. **Während die SPÖ unter Franz Vranitzky die Koalition mit den Freiheitlichen schon nach den beschämenden Vorfällen auf dem Innsbrucker Parteitag 1986 aufgekündigt hatte und seitdem die Haider-FPÖ konsequent ausgrenzt, auch um den Preis gewichtiger politischer Nachteile, hat sich die ÖVP die Möglichkeit einer Koalition mit der FPÖ als zweite Option neben der großen Koalition lange Zeit offengehalten und 1989 Haiders Wahl zum Landeshauptmann von Kärnten ermöglicht.** Erst Jörg Haiders Äußerung über die „ordentliche Beschäftigungspolitik“ des „Dritten Reiches“ am 13. 6. 1991 im Kärntner Landtag, die einen Proteststurm aller demokratischen Kräfte in Österreich und erstmals eine Distanzierung der Bundesregierung von einem Landeshauptmann zur Folge hatte, führte zu einem Meinungsumschwung auch in der ÖVP und zur Aufkündigung der Koalition in Kärnten. Am 21. 6. 1991 wurde Jörg Haider von SPÖ und ÖVP als Landeshauptmann von Kärnten abgewählt und erlitt damit seinen bisher schwersten politischen Rückschlag. Haider stellte sich taktisch geschickt als Opfer einer Kampagne hin – sein Generalsekretär Meischberger sprach von einem „Putsch der Systemparteien“ – und drohte mit der Mobilisierung seiner Anhänger, als die Staatsanwaltschaft ein – inzwischen eingestelltes – Verfahren gegen ihn ein-

leitete. Es spricht für Haiders Wendigkeit, daß er sich je nach Notwendigkeit von der Äußerung über die NS-Beschäftigungspolitik distanzierte oder zu deren vorgeblicher Richtigkeit bekannte.

sich fürchten kann“. 50% halten die Haider-FPÖ für eine „eher rechte“ bzw. „sehr rechte“ Partei. Das Image des erfolgreichen, jugendlich-sympathischen und vertrauenerweckenden Politikers ist

Resolution

In einer am 26. November 1993 vom Bundesvorstand gefaßten Resolution heißt es: „Der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus begrüßt das Erscheinen des ‚Handbuchs des österreichischen Rechtsextremismus‘. Er versichert dem Dokumentationsarchiv seine Solidarität und wird ihm jede Unterstützung in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Kräften und der FPÖ anbieten. Er fordert alle Sozialdemokraten, insbesondere den Bundesparteivorstand sowie die Mandatäre und Funktionäre auf, dem Dokumentationsarchiv in dieser politischen Auseinandersetzung nach besten Kräften zur Seite zu stehen und alle ideologisch motivierten Angriffe auf diese Publikation und damit auch auf die Freiheit der Wissenschaft aufs entschiedenste zurückzuweisen. Das ‚Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus‘ ist ein unentbehrliches wissenschaftlich fundiertes Hilfsmittel und Nachschlagewerk für alle, denen die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Neonazismus und neuem Rassismus mehr als nur ein Lippenbekenntnis ist.“

Die Einleitung und Durchführung des Ausländervolksbegehrens und die damit zusammenhängenden verbalen Attacken Haiders gegen Kardinal König, Bundespräsident Klestil, Vizekanzler Busek u. a. verstärkten die Isolierung Haiders beträchtlich. ÖVP-Obmann Erhard Busek sprach in bezug auf Haider von der „Bazillenkultur des Verbalradikalismus“ und meinte, daß Haider „eine Art politischer Quarantäne“ brauche und als „politischer Spieler“ ausscheide. Ebenso erklärte der Generalsekretär der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Franz Ceska, über die FPÖ: „Als Koalitionspartner ist sie nicht mehr vorstellbar.“ Die Abspaltung des Liberalen Forums im Februar 1993 hat auch rein rechnerisch die Möglichkeit einer FPÖ-Regierungsbeteiligung zunichte gemacht.

„Eine echte Gefahr für die Demokratie“

Laut einer von der Zeitschrift „Wiener“ in Auftrag gegebenen Umfrage vom Februar 1993 betrachten 48% der Österreicher Haider als Rechtsextremisten bzw. Neonazi, nur 30% halten ihn für einen Demokraten. Aus einer im Mai 1993 vorgelegten „Wählbarkeitsstudie“ der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft geht hervor, daß die FPÖ nur mehr für 19% wählbar, aber für 69% unwählbar ist, während die beiden anderen Oppositionsparteien, Liberales Forum und Grüne, für 40 bzw. 41% als wählbar ausgewiesen werden. Einer anderen Umfrage zufolge stieg der Anteil der Österreicher/innen, die Haider für „eine echte Gefahr für die österreichische Demokratie“ halten, von 37% im Jahr 1987 auf 53% 1992. Eine im Mai 1993 veröffentlichte Fessel-&-GfK-Erhebung zeigt, daß sämtliche Imagewerte Jörg Haiders (Erfolg, Sympathie, Führungsqualitäten, Vertrauen) seit 1989, besonders aber in den letzten Monaten stark gesunken sind. Haider steht heute, so der Meinungsforscher Peter A. Ulram für „Dominanz und Härte. Ein Mann, vor dem man

Haider weitgehend abhanden gekommen, und er wird in Medien bereits als „Minus-Mann“ gesehen, der seinen politischen Höhepunkt überschritten hat. Diese sich abzeichnende Trendumkehr schlug sich erstmals bei den niederösterreichischen Landtagswahlen im Mai 1993 nieder, als die FPÖ nicht einmal das Nationalratswahlergebnis von 1990 erreichte und ihr Siegeszug erstmals gestoppt wurde.

Selbst der als Bundespräsident und geschulter Diplomat zu zurückhaltenden und vorsichtigen Formulierungen verpflichtete Dr. Klestil stellte in bezug auf Haider fest, daß „es zunehmend schwerer (wird), einen Extremismus der Sprache nicht zuzugeben oder nicht zu verurteilen“. Aus den zahlreichen negativen Werturteilen über Jörg Haider sei nur jenes des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinigung Österreichischer Industrieller, Dr. Curt Fetzer, hervorzuheben. Für den Zeitzeugen Fetzer – er war Sekretär des deutschen Reichskanzlers Brüning – beschwört Haider die Erinnerung an Hitler und die verhängnisvolle Entwicklung in den dreißiger Jahren herauf.

„FPÖ gegen den Rest der Welt“

Dieses Erscheinungsbild der FPÖ ist weit über Österreichs Grenzen hinaus sichtbar. In zahlreichen Zeitungen des Auslandes, von der „Mundo“ in São Paulo über die „Neue Zürcher Zeitung“ bis zur „International Herald Tribune“, wird die FPÖ als rechtsextrem bezeichnet oder in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt. Der ehemalige US-Botschafter in Österreich, Henry A. Grunwald, urteilte über die Haider-Partei: „Die FPÖ ist eine eher häßliche rechtsradikale Bewegung.“ In einem Untersuchungsbericht des Europäischen Parlaments vom Sommer 1990 wurde Jörg Haider als „Yuppie-Faschist“ qualifiziert und seiner Partei eine „rassistische Politik gegen Fremde allgemein und in ihrer

(Fortsetzung auf Seite 5)



Die 1. Auflage des „Handbuchs“ (7000 Exemplare) war bald vergriffen. Die 2. Auflage (3000 Exemplare) mußte auf das Haider-Bild auf der Umschlagseite verzichten.

(Fortsetzung von Seite 4)

Hochburg Kärnten insbesondere gegen die slowenische Minderheit“ zugeschrieben. Der aus Österreich gebürtige Philosoph Sir Karl Raimund Popper, einst ein Säulenheiliger des FPÖ-Liberalismus, verglich Haider mit Hitler. „Haiders Ideal ist der Hitler.“ Im Museum of Tolerance des Simon-Wiesenthal-Centers Los Angeles, einer der bedeutendsten Holocaust-Gedenkstätten der Welt, rangiert Haider gemeinsam mit Idi Amin, Saddam Hussein und Le Pen unter den „Demagogen der Gegenwart. „Die Zeit“ kreierte den Begriff „Haiderismus“ für die nationalpopulistischen Strömungen in Europa. Schließlich wurde die FPÖ in der „Entschliebung zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit“ des Europäischen Parlamentes vom 10. 10. 1991 bei der „Verurteilung pronazistischer Äußerungen bestimmter Parteien in Europa“ als einzige Partei Europas namentlich genannt.

Obwohl Haider auch nach seiner Abwahl als Kärntner Landeshauptmann große Wahlerfolge erzielen konnte, hat sich seine strategische Lage entscheidend verschlechtert. „Die Auseinandersetzung ‚FPÖ gegen den Rest der Welt‘ kann nicht gewonnen werden“, stellte der aus der FPÖ ausgetretene Helmut Peter in seinem „offenen Brief“ an Jörg Haider fest, „sie führt trotz aller Wahlsiege in die politische Isolation.“ Es ist die paradoxe Situation eingetreten, daß das Dritte Lager heute stärker und dynamischer als je zuvor ist, sich aber in einer ähnlichen Isolation wie in den vierziger und fünfziger Jahren befindet. Unter der Führung von Jörg Haider scheint eine Regierungsbeteiligung der FPÖ – zumindest solange die Parteivorsitzenden Vranitzky und Busek heißen – ausge-

schlossen zu sein. Da Haider seine Partei aus dem parlamentarischen Spiel ausmanövriert hat und nicht mehr durch Koalition, sondern nur mehr aus eigener Kraft an die Macht kommen kann, ist anzunehmen, daß er nun ohne jede Rücksichtnahme auf Ansehen oder Mäßigung propagandistisch agieren und seinen Kurs weiter radikalieren wird.

Autoritäre Führerpartei

Das Bild der FPÖ hat sich seit 1986 grundlegend geändert: **Aus der Partei Norbert Stegers, die zwar auch keine liberale Partei war, sich um eine liberale Ausrichtung und Entwicklung aber zumindest bemühte und in der ein breites Spektrum von Richtungen und Meinungen vorhanden war, ist eine auf die Person Jörg Haiders zugeschnittene, autoritäre Führerpartei geworden, in der extrem rechts stehende, deutschnationale Kräfte ideologisch dominieren, eine klare Abgrenzung zum Nationalsozialismus fehlt und einige wenige Liberale zur Tarnung und Täuschung der Öffentlichkeit gehalten werden.** Nach dem Bruch vom Februar 1993 ist diese Camouflage nicht mehr möglich. Auf Grund der neuformierten Struktur der FPÖ seit 1986 hängt die weitere Entwicklung dieser Partei in einem hohen Maße von ihrem Parteiführer Jörg Haider ab, der die Weichen für die weitere Fahrt der FPÖ in Richtung Rechtsextremismus gestellt hat.

Gedenkfahrten nach Auschwitz

Die Jugendabteilung der Gewerkschaft Hotel, Gastgewerbe, Persönlicher Dienst veranstaltet vom **6. bis 12. Februar 1994** eine Studienfahrt nach Polen unter dem Titel „Shoa! – Was ist das?“. Auf dem Programm stehen Besichtigungen der ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek sowie Treffen mit Zeitzeugen. Die Kosten betragen S 1500,- (für Gewerkschaftsmitglieder S 500,-). Anmeldungen sind an die Gewerkschaft HGPD, Jugendabteilung, Hohenstaufengasse 10, Postfach 63, 1013 Wien, zu richten.

Die Gesellschaft für politische Aufklärung führt vom **26. März bis 1. April 1994** die 11. Fahrt zur Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau durch. Die Kosten betragen (einschließlich Vorbereitungsseminar am 26. und 27. März) S 4000,-. Anmeldungen sind an Dr. Reinhold Gärtner, Gesellschaft für politische Aufklärung, Innrain 52, 6020 Innsbruck (Tel. 0 51 2 / 507 30 99), zu richten.

(Fortsetzung von Seite 1)

ist von drohender Massenarbeitslosigkeit, den daraus resultierenden Tendenzen zur Entwicklung reaktionärer Kräfte und von den „Grenzen herkömmlicher

Wirtschaftspolitik im kapitalistischen System“ die Rede.

Solche, angesichts bestehender Verhältnisse auch heute angebrachte kritische Sicht lassen die „Thesen“ leider vermissen: Die Sozialdemokratie ist da nicht einmal mehr der „Arzt am Krankenbett des Kapitalismus“, sondern offenbar dessen Untermieter.

Der im 78er-Programm festgehaltene Schritt „Von der Partei der Arbeiter zur Partei aller arbeitenden Menschen“ scheint mittlerweile von den Sozialdemokraten allgemein akzeptiert worden zu sein. Er ist deswegen so bedeutsam, weil er im Begriff des „Arbeitenden“ das Kriterium seiner Existenzgrundlage in Erinnerung ruft: Arbeitende – also Arbeiter, Angestellte, einfache Bauern, Handwerker und Gewerbetreibende etwa – leben in der Regel vom Verkauf ihrer Arbeitskraft. Sie haben also zu beobachten, ob sie dabei einen gerechten Preis erzielen, ob es im Kräftespiel des Arbeitsmarktes sauber zugeht, wem man die Vertretung seiner Interessen anvertrauen kann.

Die Sozialdemokratie hat hier allen Nachdruck dranzusetzen, daß ihre Parteinahme für die wirtschaftlich Schwächeren außer jedem Zweifel steht. Solche Parteinahme kann freilich nicht allein darin bestehen, daß man als soziale Leistungsagentur in Erscheinung tritt, die vor allem gängige Konsumwünsche realisieren hilft. Die alte Sozialdemokratie hat im Hainfelder Programm als wichtige Maxime die Verpflichtung formuliert, für die Organisation Arbeitender zu sorgen und diese mit dem Bewußtsein ihrer Lage und ihrer Aufgabe zu erfüllen, sie geistig und physisch kampffähig zu machen.

Wenn man den Begriff „Kampf“ zeitgemäß – ohne ihn entschärfen zu wollen – in „Auseinandersetzung“ transformieren wollte, dann müßte ein sozialdemokratisches Parteiprogramm klarstellen, mit wem diese Auseinandersetzung zu führen ist. Sozialdemokratie hätte sich in all ihren Zügen als Alternative zum kapitalistischen Gesellschaftsbild darzustellen. Modische Marktwirtschaftlichkeitsbekenntnisse, versehen mit den Schmuckbezeichnungen „sozial“ oder „ökologisch“, gehören ebensowenig in ein sozialdemokratisches Programm wie aufsteigergerechte Leistungsparolen.

Ein menschengerechtes sozialdemokratisches Parteiprogramm zu formulieren, bedarf weniger intellektueller Raffinesse als politischer Ehrlichkeit. *HP*

Die Mitarbeiter:

An dieser Nummer unserer Zeitung haben folgende Genossinnen und Genossen mitgearbeitet:

Dr. Franz Danimann, Josef Hoffmann, Leo Lesjak, Walter Edelbauer, Herbert Exenberger, Walter Faderny, Prof. Hugo Pepper, Hans Waschek.



Symbole der Partei

Genossin, Genosse

Trotz immer wiederkehrender journalistischer Unkenrufe, die da lautstark verkünden, daß das Wort Genosse in der Sozialdemokratie passé sei – so etwa behauptete Herr Kindermann in der „Neuen Kronen Zeitung“ im Jänner 1993: „Selbst geschichtsbewußte Sozialdemokraten geben zu, daß die Anrede ‚Genosse‘ nicht mehr sehr zeitgemäß sei“ –, stellt diese Anrede nach wie vor eine der verbindenden Klammern des Zusammengehörigkeitsgefühls in unserer Partei dar.



Eine Genossin, Anna Boschek, unter Genossen: die Gewerkschaftskommission Österreichs 1893–1896. Wir gratulieren den Genossinnen und Genossen im ÖGB zum 100-Jahr-Jubiläum!

In seiner informativen Untersuchung über „Das Wort ‚Genosse‘ samt seiner Zusammensetzung im Sprachgebrauch der deutschen Arbeiterbewegung“ schrieb Herbert Bartholmes im Jahre 1968 über diese Anredeform, die schon sehr früh neben der Anrede „Bruder“ in der Arbeiterbewegung allein oder in diversen Zusammensetzungen üblich war: „Genosse wird seit den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein spezifischer Ausdruck des sozialdemokratischen Gleichheitsgefühls, der freilich von den gegnerischen Parteien mannigfach bespöttelt wurde ... In den 1870er und 1880er Jahren kamen die Wörter Genossen und Parteigenossen sowohl als Anrede als auch zur Bezeichnung Dritter vor; auch auf dem Parteitag der SPD in Halle 1890 waren beide Formen üblich. Mit Genossen sprachen Wilhelm Liebknecht und August Bebel den Parteitag an. Ebenso verhielt es sich auf den

folgenden Parteitagen. Man kann feststellen, daß die kürzere Form Genossen allmählich die längere Form Parteigenossen zurückdrängte, die aber nie ganz verschwand.“

Wir sehen also, daß schon seit dem frühen Auftreten der Arbeiterbewegung Gegner immer wieder einen Keil in die sozialdemokratische Organisation hineinzutreiben versuchten. Ein Mittel dazu war und ist auch die Verunglimpfung unserer Symbole.

Auch in unseren eigenen Reihen meinen einige Genossinnen und Genossen, auf Symbole verzichten zu können. So forderten zwei Lokalorganisationen auf dem SPD-Parteitag in Köln 1962: „Da durch den dauernden Mißbrauch von seiten der kommunistischen Partei- und Staatsorgane des Ostblocks diese Anrede Genosse entwertet wurde, hat sie ihren ursprünglichen ehrenvollen Klang eingebüßt und könnte heute auf mögliche neue Wähler und Mitglieder abschreckend wirken.“ Über beide Anträge ging der Parteitag ohne Diskussion zur Tagesordnung über, nachdem der da-

nissen und Zuchthäusern der Zone. Ich habe noch keinen Sozialdemokraten getroffen, der aus kommunistischen Zuchthäusern zurückgelangen konnte und den Wunsch geäußert hätte, ihn nicht mehr als Genosse anzureden.“

Auch in der SPÖ, auf dem Salzburger Landesparteitag 1990, beschlossen die Delegierten, die Anrede „Genosse“ abzuschaffen. Landesparteiobmann Gerhard Buchleitner meinte damals dazu: „Der Ausdruck stammt aus den politischen Anfangszeiten unserer Bewegung. Er ist nicht mehr erwünscht.“ Diese „Erkenntnis“ kommentierte Peter Peilinka am 27. November 1990 in der „AZ“ so: „Aber Achtung, Modernisierer! Auch Anstriche tragen zum Zusammenhalt des Produktes bei. Wenn man sie für überholt hält, muß man für neue, besser zu Inhalt und Ziel passende, sorgen. Gerade in der Politik, die stärker denn je in allen Ländern und Strömungen von Symbolen bestimmt wird.“ Einige Monate früher, im Juni 1990, verbot die Regierung Kroatiens die Anrede „Genossinnen und Genossen“. Dieses Verbot hätte eigentlich den Delegierten des Salzburger Landesparteitages zu denken geben müssen.

Es gibt aber auch andere Meinungen in unserer Partei. So verabschiedete im März 1991 die Bezirksjahreskonferenz der SPÖ-Wien, Innere Stadt, folgenden Antrag an den Landes- und Bundesparteitag:

„In letzter Zeit sind immer stärker Bestrebungen zu bemerken, die traditionellen Begriffe **Genossin – Genosse** bzw. **Freundschaft** aus dem Parteileben zu eliminieren. Die Bezirkskonferenz ist der Meinung, daß auch eine moderne und fortschrittliche Partei ihre traditionellen Wurzeln nicht vergessen darf und zu ihren Werten und Ausdrucksformen stehen soll.

Die Delegierten fordern daher den Bundesparteivorstand auf, alles zu unterlassen, was die Anrede **Genossin – Genosse** bzw. den Gruß **Freundschaft** behindert.“

Dieser verständlichen Sorge der Genossinnen und Genossen um unser Parteileben ist wohl nichts mehr hinzuzufügen.

Herbert Exenberger

Mahnmal in Rechnitz

In Rechnitz im Südburgenland kam es in der Nacht zum Palmsonntag des Jahres 1945 zur Ermordung von 200 jüdischen Zwangsarbeitern durch die Nazis. An diese grauenvolle Tat erinnert heute nur mehr der Ort des Geschehens, der sogenannte Kreuzstadel am südlichen Ortseingang. Mitte November 1993 gedachte man hier der Opfer des Massensoldes, gleichzeitig wurde der Kreuzstadel als Mahnmal in das Eigentum des Bundesverbandes der Israelitischen Kultusgemeinden in Österreich übergeben.



Antifaschistischer Arbeitskreis

Am 13. Oktober 1993 fand der „Antifaschistische Arbeitskreis“ des Bundes Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer unter der Leitung von Genossen **Bruno Liszka** zum Thema „Kündigungsgrund Nichtarier (Aus- und Umsiedlungen jüdischer Mieter aus Wiener kommunalen Wohnbauten 1938/39)“ statt. Referent war Genosse **Herbert Exenberger**. Alle Zuhörer und Zuhörerinnen waren sehr betroffen.

2000 jüdische Gräber renoviert

Mit der Übergabe von mehr als 2000 heuer renovierten Gräbern im alten jüdischen Teil des Wiener Zentralfriedhofes an die Israelitische Kultusgemeinde beging der Verein „Schalom“ Anfang November 1993 sein zweites Dankesfest.

Lagergemeinschaft Auschwitz

Am 17. 11. 1993 fand im Dokumentationszentrum des österreichischen Widerstandes die **Generalversammlung der österreichischen Lagergemeinschaft Auschwitz** statt. Zu Beginn gedachte **Fritz Kleinmann** der zwischenzeitig verstorbenen Mitglieder, insbesondere des langjährigen Sekretärs der Vereinigung, Josef Meisel. In dem **Bericht des Vorstandes**, erstattet von **Franz Danimann**, konnte auf eine Reihe von Aktivitäten aus aktuellem Anlaß verwiesen werden. Insbesondere eine Pressekonferenz und öffentliche Veranstaltungen (Urania) zum 50. Jahrestag der berühmten „**Wannseekonferenz**“ am 20. Jänner 1942, bei der die konkrete Durchführung der „Endlösung“ der Judenfrage behandelt wurde. Es wurden

auch mehrere Aktivitäten gegen Rechtsradikalismus und Neonazismus gesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit dem „Volksbegehren“ von Haider. Besonders wichtig in diesen Zusammenhängen, die Hilfe der jungen Vorstandsmitglieder, die eine wichtige Bereicherung waren. Mag. **Kowarc** und Frau Dr. Hopfner, Mag. Pitz, Herr Kurt Hacker haben sich auch intensiv wissenschaftlich mit dem Thema Auschwitz befaßt. Eine wichtige Funktion erfüllte auch das **Auschwitz-Bulletin** (Red. Susanne Kowarc), von dem in der abgelaufenen Funktionsperiode 12 Nummern erschienen. Eine Arbeitsgruppe war auch mit der Dokumentation „**Österreicher in Auschwitz**“ befaßt. Auch an Diskussionen in Schulen, bei Lehrerseminaren usw. nahmen Mitarbeiter unserer Vereinigung teil.

Nach dem **Kassabericht** (Kurt Hacker) und dem Bericht der Kontrolle erfolgte die **Neuwahl des Vorstandes**: DDr. Ella Lingens (Ehrenvorsitzende), Dr. Franz Danimann (Vorsitzender), Fritz Kleinmann (Stellv. Vorsitzender), Dagmar Ostermann (Sekretärin), Mag. Barbara Pitz (Stellv. Sekretärin), Mag. Kurt Hacker (Kassier), Dr. Marg. R. Hopfner (Schriftführerin), Mag. Susanne Kowarc (Redakteurin), Lotte Brainin und Norbert Lopper (Kontrolle), Kurt Schmidt, Eduard Karoly, Mag. Siegmund Hirsch, Dkfm. Antonie Lehr und KR. Erna Musik sowie Hermann Langbein.

Sodann gab **Dagmar Ostermann** eine Information über die öffentliche Veranstaltung der Lagergemeinschaft: „Diskussion zwischen den Generationen“ am 22. 11. im Festsaal des Alten Rathauses. Es soll vor allem die Zusammenarbeit der Zeitzeugen mit Angehörigen der Gegenwartsgeneration intensiviert werden.

Hermann Langbein sprach über die internationale Gedenkstätte Auschwitz,

die bekanntlich auch eine Österreich-Abteilung enthält. Über internationale Beziehungen, insbesondere im Zusammenhang mit dem Internationalen Auschwitz-Komitee, sprach Dkfm. **Antonie Lehr**.

Abschließend skizzierte Dr. Danimann die künftigen Aufgaben der Lagergemeinschaft und auch im Zusammenhang mit dem **50. Geburtstag der Zweiten Republik im übernächsten Jahr**.

Niederösterreich

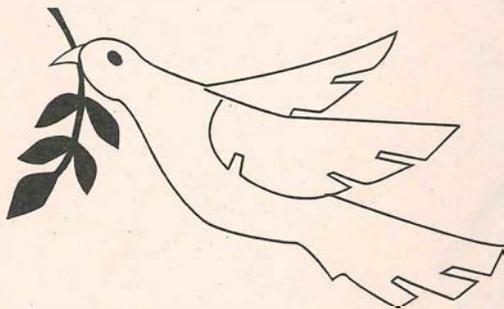
Gedenkfahrt. Am 15. und 16. September 1993 unternahm eine Gruppe unseres Landesverbandes eine Fahrt ins Waldviertel und das angrenzende Südböhmen. Vorweg sei gleich festgestellt: Die gesamte Reise war von unserem Landesobmann **Leo Lesjak** hervorragend vorbereitet und betreut, und Genosse **Walter Faderny** war ein ausgezeichnete Reiseleiter mit viel interessantem Detailwissen zu einzelnen Orten und Denkmälern auf der Reiseroute.

Am 15. September brachen wir in Wien-Floridsdorf auf, nahmen in Korneuburg, Stockerau und Horn die letzten Teilnehmer auf und fuhren über Waidhofen a. d. Thaya, Dobersberg, Fratres der Grenze zu. Der Wettergott meinte es gut mit uns. Der Manhartsberg (536 m) gewährte nochmals einen Blick zurück ins fruchtbare Weinviertel, und sein Nordwestabhang führte uns in das Horner Becken. Die Bezirksstadt Horn ist die größte Stadt des Waldviertels, und in ihrem Umkreis grüßten die Überreste der Burg Gars, die Rosenburg und der Wallfahrtsort Maria Dreieichen mit der „Graselhöhle“ die Reisegruppe. In schneller Fahrt erreichten wir die Staatsgrenze. Die Zollabfertigung war diesseits und jenseits sehr freundlich und ohne Schwierigkeiten rasch erledigt.

In Zlabings (Slavonice) – einst eine deutsche Stadt – besichtigten wir den Stadtplatz mit den herrlichen Arkaden und den Renaissancehäusern und waren zu Mittag im neuen Restaurant „Arkada“ zu Gast. Nach dem Mittagessen ging es vorbei an Altstadt (Stare Mesto), Neubistritz (Nova Bistrica) nach Wittingau (Trebou), dem Mittelpunkt der südböhmischen Fischzucht. Im Laufe des Nachmittags erreichten wir das Schloß Hluboka (Frauenberg). Dieses „Märchenschloß“ ist im englischen Windsor-Stil erbaut und ganz sicher eine Reise wert. Von hier war es nicht mehr weit zu unserem letzten Tagesziel, der Perle im Moldautal, Böhmisches-Krumau (Cesky Krumlov). In kleinen Gruppen wurden die Altstadt und die Burg „erobert“ – und alle waren von den Bauwerken tief beeindruckt. Die „Altstadtsanierung“ hat hier noch ein breites Betätigungsfeld!

Zu Abend gegessen und genächtigt wurde im Hotel Vysehrad. Das Essen war reichlich und sehr gut und die Zimmer waren nett und sauber.

(Fortsetzung auf Seite 8)



Prosit 1994

DVR: 0029106/FK/851/919

FRAU
THEKLA SCHWANTNER
DARINGERG. 14/25/6
1190 WIENErscheinungsort Wien
Verlagspostamt Wien 1010

P.b.b.

**Wenn unzustellbar, bitte zurücksenden
an den Absender**

Landesrätin a. D. Anna Körner spricht als Zeugin der Zeit über das Massensterben der 485 deportierten Ungarn zur Jahreswende 1944/45 in der Gmünder Lagerstraße.

(Fortsetzung von Seite 7)

Am 16. September fuhren wir nach Böhmisches-Budweis. Mit einer fachkundigen, recht gut deutsch sprechenden Führerin wanderten wir gute zwei Stunden durch die Stadt. Sicherlich viel zu kurz, um nur annähernd die wichtigsten Sehenswürdigkeiten und die Schönheiten der Stadt kennenzulernen. Zum Mittagessen im Vier-Sterne-Hotelrestaurant Gomel trafen wir mit zwei Vertretern der örtlichen Sozialdemokratie zusammen. Sie vermittelten uns einen kleinen Einblick in ihre schwierige politische Arbeit.

Im Anschluß daran fuhren wir über Ceske Velenice nach Gmünd. An der Grenze wurden wir von einem Gmünder Genossen begrüßt und kurz durch die Stadt geführt. Die Zeit war leider sehr knapp bemessen.

Um 15 Uhr fand dann ein kurzes Gedenken mit Kranzniederlegung am Mahnmal für die 485 Opfer des Faschismus statt. Die Gedenkansprache hielt Genossin Landesrätin a. D. **Anni Körner**. Sie ist eine Zeitzeugin, und ihre Worte haben alle zutiefst berührt!

Ein kurzes Treffen mit Gesinnungsgenossen des Bezirkes Gmünd war der Abschluß der Gedenkfahrt.

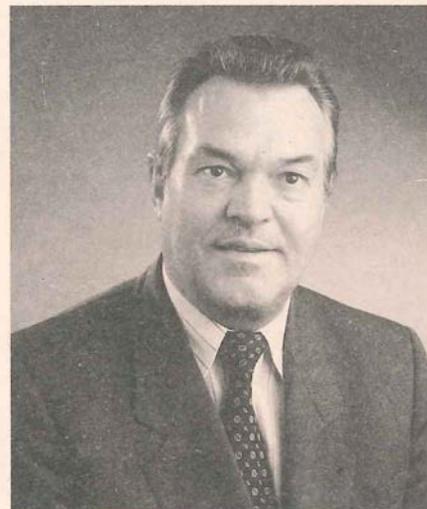
Wiener Neustadt

Jahresschlußversammlung. Die Bezirksorganisation Wiener Neustadt hielt am 25. September 1993 ihre Jahresschlußversammlung im Parteihaus Pernerstorfer-Hof ab. Der Obmannstellvertreter **Felix Hauser** brachte den Jahresbericht des Obmannes. Er

sagte u. a.: „Auf Grund der schweren Erkrankung unseres Obmannes Erwin Kwech und des Ablebens von Kassier Genossen Max Gindl war es sehr schwer, einen neuen Ausschuß zu bilden.“

Nach der Wahl des Wahlvorschlagskomitees brachte der Abg. z. NR Genosse **Dr. Hans Stippel** in seinem Referat einen geschichtlichen Rückblick über den Faschismus in Europa. Er sprach ausführlich über die politische Lage in Österreich. In der anschließenden Diskussion brachte ein Teilnehmer das neue Wahlrecht in einer Anfrage ein, wobei der Referent ausführlich über dieses brisante Thema Auskunft gab.

Nach dieser Diskussion über das Referat und die Berichte brachte der Obmann des Wahlvorschlagskomitees, Stadtrat a. D. **Othmar Trofer**, den Wahlvorschlag ein.



Zum neuen Obmann des Bezirksausschusses Wiener Neustadt wurde der Abg. z. NR **Dr. Hans Stippel** einstimmig gewählt.

Ferner wurden in den Bezirksausschuß folgende Genossen gewählt: Horst **Hahn**, Obmannstellvertreter; Reinhard **Kadlec**, Kassier; Othmar **Trofer**, Kassierstellvertreter; Dr. Silvia **Hahn**, Stefan **Kucsera**, Kontrolle; Walter **Edelbauer**, Pressereferat; Elfriede **Lirsch**, Schriftführer; Wolfgang **Kohn**, Schriftführer-Stellvertreter; Dr. Brigitte

Bailer-Galanda, Franz **Eidler**, Felix **Hauser**, Albert **Janetschek**, Erwin **Kwech**, Peter **Mader**, Reg.-Rat Prof. Kurt **Wehrl** wurden als Beisitzer gewählt.

Der Landesobmann Gen. **Leo Lesjak** brachte die Grüße des Landesverbandes.

Niederösterreich

Deutsch-Wagram. Der Bezirksgruppenobmann des Bezirkes Gänserndorf, **Otto Hübner**, feierte Ende August seinen 80. Geburtstag. Unter den zahlreichen Gratulanten befanden sich die Genossen Leo Lesjak und Walter Faderny, die namens des Landesverbandes die besten Wünsche überbrachten. Der rüstige Jubilar zählt zu den noch wenigen Zeugen der Zeit im Bezirk. Er lernte in den dreißiger Jahren die Not kennen und kam erst später als Kesselschmied zur Eisenbahn, wo er einer kleinen Widerstandsgruppe angehörte. Nur dank treuer Arbeitskollegen konnten ihm die Nazis nur relativ wenig antun. Nach Kriegsende war Otto Hübner am Wiederaufbau seiner Heimatgemeinde tätig.

Wir gratulieren im November und Dezember

Zum 75. Geburtstag: Margarete **Prenner**, Wien; Maria **Szöllösi**, Wien; Anna **Heiden**, NÖ; Rosa **Dietrich**, NÖ; Stefanie **Friesenecker**, NÖ; Erna-Alice **Glaser**, Wien.

Zum 80. Geburtstag: Franziska **Dobricky**, Wien; Leopoldine **Jarosik**, Wien; Othmar **Müller**, Ktn.; Friedrich **Tringler**, Wien; Anton **Preininger**, Wien; Martha **Blau**, Wien; Kurt **Schmidt**, Wien; Walter **Schönsleben**, Ktn.; Josefa **Groiss**, OÖ; Friedrich **Robak**, Bgld.; Stefanie **Böck**, Wien; Anny **Binder**, Wien; Ernst **Pockstaller**, Stmk.; Anton **Schäppi**, Tirol.

Zum 85. Geburtstag: Johann **Keller**, Wien; Ella **Lingens**, Wien; Maria **Zamar**, Wien; Fritz **Wlach**, Wien; Marie **Strohmer**, NÖ; Hermine **Bayer**, Wien; Franz **Stein**, Wien.

Zum 90. Geburtstag: Johann **Königsecker**, OÖ; Isabella **Pollak**, Wien; Adolf **Essl**, OÖ.

Zum 91. Geburtstag: Karl **Schneidhofer**, NÖ; Maria **Maxl**, Wien; Julius **Philipp**, Stmk.; Stefanie **Karwatzky**, Sbg.

Zum 92. Geburtstag: Gustav **Scholze**, Stmk.; Stefanie **Ewanschow**, Wien; Franz **Pehringner**, Stmk.; Leopold **Glaser**, Bgld.; Josefine **Hollaus**, Wien.

An unsere Leser!

Redaktionsschluß für die Nummer 1/2 ist der 15. Jänner 1994.

Medieninhaber und Herausgeber: Bund sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Wien 1, Löwelstraße 18, Telefon 534 27-0.
Hersteller: Bohmann Druck und Verlag Ges. m. b. H. & Co. KG., 1110 Wien.